

Den Menschen in Afghanistan eine Stimme geben

Ludmilla Babayan

Studie zu den Erwartungen an den Friedensprozess in Afghanistan

Was denken Menschen in Afghanistan über Frieden oder den seit Dekaden andauernden Konflikt? Die Heinrich-Böll-Stiftung wollte es wissen und hat eine Studie in Auftrag gegeben.

Das Salah Consortium hat 6.869 Menschen aus allen 34 Provinzen des Landes zu ihren Wahrnehmungen von Frieden, Konflikt und weiteren verwandten Themen befragt.

Das übergeordnete Ziel der Studie „People’s Perceptions on the Peace Process Afghanistan“ war es, afghanischen Bürger*innen eine Stimme zu verleihen in Bezug auf die laufenden Bemühungen um eine politische Einigung mit den am Konflikt Beteiligten, die der langjährigen Gewaltspirale in Afghanistan ein Ende bereiten sollen. Zwischen dem Sturz des Taliban-Regimes 2002 und den seit 2018 andauernden Friedensverhandlungen, die unter Beteiligung der afghanischen Regierung, politischer Eliten, der USA, der EU, anderer Länder der Region und darüber hinaus sowie der Taliban stattgefunden haben, hatte es keine hochrangigen Bestrebungen gegeben, Frieden in Afghanistan zu schaffen.

Welche Herausforderungen gibt es für nachhaltigen Frieden? Wie nehmen Menschen den politischen Willen nach Frieden der Konfliktparteien wahr? Welche Rolle spielen die Nachbarländer und die internationale Gemeinschaft im Friedensprozess? Dies sind nur einige politische Schlüsselfragen, die im Rahmen dieser Studie zur Friedenswahrnehmung betrachtet wurden. Die Ergebnisse sind eng verzahnt mit dem Fokus auf den aktuellen US-Taliban-Friedensgesprächen in Doha und den bevorstehenden intra-afghanischen Friedensgesprächen.

6.448 Befragte aus 34 Provinzen

Die Friedenswahrnehmungsstudie repräsentiert die Ansichten in Bezug auf Frieden und Konflikt von 6.448 Befragten aus

allen 34 afghanischen Provinzen – aus Distrikten mit aktiven Kämpfen sowie vergleichsweise friedlichen urbanen und ländlichen Gebieten.

Die Studie untersuchte diverse Fragestellungen in Bezug auf Frieden und die Meinung der Menschen zu diesen. Sie hat versucht, die Hindernisse für nachhaltigen Frieden herauszustellen und zu klären, weshalb sich junge Menschen bewaffneten Gruppen anschließen.

Die Befragten äußerten, dass die größten Herausforderungen und Hindernisse für den Friedensprozess in Afghanistan der sogenannte „Islamische Staat“ (ISIS oder Daesh) und die Nachbarländer (11 Prozent) darstellten, gefolgt von Korruption und Mangel an Rechtsstaatlichkeit (9 Prozent), Präsenz von ausländischen Truppen, mangelhafter Provinzverwaltung sowie Armut (8 Prozent), ausländischen Terrorgruppen und der Drogenmafia (7 Prozent). Insgesamt machen Hürden und Herausforderungen in Bezug auf schlechte Regierungsführung mehr als die Hälfte (55 Prozent) der Angaben aus. Wirtschaftliche Gründe sind die Hauptursachen (28 Prozent) dafür, dass sich junge Menschen bewaffneten Gruppen, insbesondere den Taliban, anschließen.

Regional unterschiedliche Zuversicht

Die Menschen wurden ebenso nach ihrer Wahrnehmung des politischen Willens nach Frieden, dem öffentlichen Vertrauen in die Regierung und die Taliban und dem Vertrauen der Menschen darauf, dass ein Friedensabkommen in seiner Gesamtheit von den Taliban akzeptiert wird, gefragt.

Mehr als drei Viertel (79 Prozent) gaben an, „sehr zuversichtlich“ oder „etwas zuversichtlich“ zu sein, dass die Regierung

den politischen Willen besitzt, um Frieden zu schaffen, während das Vertrauen der Befragten in den politischen Willen der Taliban nach Friedensbestrebungen 63 Prozent ausmachte. Die regionalen Schwankungen des Vertrauens auf den politischen Willen der Taliban in Bezug auf Frieden sind sehr groß: die größte Zuversicht ist im Südwesten (81 Prozent) zu verzeichnen, gefolgt von drei Vierteln (75 Prozent) im Osten. Ähnlich äußerten sich 86 Prozent der Befragten im Südwesten zuversichtlich, dass die direkten Friedensgespräche zwischen der Regierung und den Taliban in Frieden resultieren würde. Die Gebiete im Südosten (83% Prozent) und Osten (80 Prozent) hatten ebenfalls großes Vertrauen in die Friedensgespräche und lagen damit über dem Durchschnitt der übrigen Regionen (75 Prozent). Die nordwestliche Region dagegen verzeichnete das wenigste Vertrauen in die Friedensgespräche zwischen Regierung und Taliban, indem 36 Prozent der Befragten entweder „nicht zuversichtlich“ oder „ich weiß nicht“ angaben.

Die Studie hinterfragt die Repräsentation in Friedensverhandlungen: Wer könnte Sie am besten in den Friedensverhandlungen repräsentieren? Und Wie sehen Sie die Rolle des Staates in den Friedensverhandlungen?

Opferverbände und Zivilgesellschaft sollten mit verhandeln

Fast zwei Fünftel (39 Prozent) sagten aus, der afghanische Staat würde ihre Interessen in den Friedensgesprächen am wirksamsten vertreten, gefolgt von Repräsentanten der Opfer (Menschen, die Verwandte im Krieg verloren haben) (15 Prozent) und der Zivilgesellschaft (13 Prozent). Eine von zehn befragten Personen gab an, dass Frauen ihre Interessen im Rahmen der Friedensgespräche am besten vertreten würden, während eine von elf befragten Personen die Interessensvertretung am ehesten bei politischen Parteien/Gruppen (9 Prozent) verortete. Eine von vierzehn Antworten sprach sich für eine Interessensvertretung durch Religionsführer/Stammesälteste sowie Repräsentanten der Jugend aus (beide 7 Prozent). Zwei Drittel (61 Prozent) der Antwortenden gaben an, dass sie die Rolle der Regierung in den Friedensverhandlungen als entweder sehr wichtig (49 Prozent) oder wichtig (12 Prozent) einstufen, während weniger als ein Drittel (32

Prozent) die Rolle der Regierung in den Friedensgesprächen mit den Taliban als nicht wichtig einschätzte.

Die Studie fragte die Menschen, welche Strategie die Friedensgespräche verfolgen sollten und was deren Inhalt sein sollte. Dabei wurde nach spezifischen Vorschlägen für die Agenda der Friedensgespräche gefragt. Ebenso wurden die Menschen danach gefragt, was sie bereit wären für den Frieden aufzugeben. In Anbetracht der Präsenz eines Waffenstillstandes im nationalen Diskurs, wurden die Studienteilnehmer gefragt, ob sie sich einen Waffenstillstand für die Zukunft wünschten.

Frauenrechte fokussieren

Eine überwältigende Mehrheit (93 Prozent) sprach sich dafür aus. In Bezug auf die Akteure im Friedensprozess gaben die Befragten spezifische Empfehlungen für verschiedene Gruppen ab, darunter die afghanische Zivilbevölkerung, Nachbarländer und die internationale Community.

Einen kleinen Einblick in die Themen, welche für die Agenda der Friedensgespräche vorgeschlagen wurden, gibt die folgende Liste der zehn häufigsten Antworten aus der Studie:

1. Waffenstillstand und Kriegsende
2. Frauenrechte
3. Nachhaltiger Frieden
4. Wertschätzung der Forderungen und Vorschläge der Bevölkerung
5. Herstellung von Sicherheit
6. Einsatzbereitschaft von Regierung und Taliban für erfolgreiche Verhandlungen
7. Diskussion von Eckpunkten der Entwicklungsstrategie des Landes
8. Freilassung von Gefangenen
9. Regionale wirtschaftliche Aktivitäten und afghanische Partizipation
10. Verfassung

Das Ziel der Studie, der afghanischen Bevölkerung eine Stimme im Friedensprozess zu geben, wurde erreicht. Die Umfrage soll allerdings nicht nur als Stichwortgeber für die Friedensgespräche dienen, sondern nach Möglichkeit die afghanische Bevölkerung dazu animieren, aktiv Anteil zu nehmen dabei, Frieden im Land zu schaffen. Während der Friedensprozess momentan von Ausländern und den afghanischen Eliten dominiert wird, zeigt die Umfrage, dass die Menschen der Zivilbevölkerung, den Ältestenräten und anderen Teilen der Gesellschaft eine bedeutendere Rolle zusprechen.

Ideologie spielt nur untergeordnete Rolle

Die Studie zeigt, dass die Befragten im Durchschnitt in wirtschaftlichen Problemen und Arbeitslosigkeit den Hauptgrund dafür sehen, dass junge Menschen sich bewaffneten Gruppen anschließen und dass Ideologie dabei nur eine untergeordnete Rolle spielt. Die Menschen sind auch der Meinung, dass der Konflikt in Afghanistan lokale, regionale und internationale Dimensionen aufweist; sie sind jedoch bereit, in ihrem Umfeld das ihnen Mögliche zur Friedensförderung beizutragen. Dies zeigt, dass die Menschen sich nicht hilflos fühlen und sich selbst eine Rolle im Gestaltungsprozess des nachhaltigen Friedens zuschreiben.

Den Umfrageergebnissen nach sind Frauenrechte ein Top-Thema, das in die Friedensagenda aufgenommen werden soll, wobei fast doppelt so viele Männer (13 Prozent) wie Frauen (7 Prozent) bei den Verhandlungen von Frauen vertreten werden möchten. Darüber hinaus empfinden die Befragten, dass die Familien der Opfer und die Zivilbevölkerung weitere Gruppen sind, die sie repräsentieren. Es ist auch hervorzuheben, dass die Mehrheit der Befragten nicht bereit ist, Errungenschaften der letzten 18 Jahre aufzugeben.

In Bezug auf die Agenda der Friedensgespräche möchten die Befragten nicht nur Frieden, sondern wirtschaftliche Entwicklung, verantwortungsbewusste Regierungsführung, regionale Vernetzung und internationale Hilfe.

Die Studie zeigt, dass die Erwartungen an ein Friedensabkommen hoch sind, und dass die Menschen von nachhaltigem Frieden mehr erwarten, als nur ein Ende der Gewalt.

Ludmilla Babayan lebt in Kiel und ist Projektleiterin im Projekt Souverän – migrantische Selbstorganisation zur beruflichen Integration beim Flüchtlingsrat Schleswig-Holstein. Die vollständige Studie „People's Perceptions on the Peace Process Afghanistan“ ist in englischer Sprache unter folgendem Link abrufbar: <https://bit.ly/32EvWRA>